Dienstag, 12. Februar 1924 — Abend-Ausgabe — Einzel-Nr. 10 Goldpfg. = 100 Mill. M.

Berliner Tageblatt

Nr. 23 — und Handels-Zeitung — 53. Jahrgang

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. — Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Schacht über die Sachverständigenkonferenz.

Die „große" und die „kleine" Goldnotenbank.

Die Valutalage.

Vor Vertretern der Presse äußerte sich Reichsbankpräsident Dr. Schacht heute über die Verhandlungen mit der Sachverständigenkommission. Diese Verhandlungen hätten sich in den angenehmsten Formen und mit großem sachlichen Ernst abgespielt und man habe den Eindruck gehabt, daß es der **dringende Wunsch des Ausschusses** gewesen sei, eine **vernünftige Lösung** des deutschen Währungsproblems zu ermöglichen. Dr. Schacht schilderte dann im einzelnen die unseren Lesern bereits bekannten Unterschiede, die zwischen der von ihm zunächst angestrebten „kleinen" Goldnotenbank und der von den Sachverständigen ins Auge gefaßten endgültigen Goldwährung bestünden. Seine Absicht sei es zunächst nicht gewesen, eine allgemeine Goldwährung einzuführen, da Deutschland naturgemäß aus eigener Kraft nicht in der Lage sei, die großen, zum Umtausch der Rentenmark und Papiermark erforderlichen Goldunterlagen aufzubringen. Seine Absicht sei dahin gegangen, die immerhin erheblichen, in Deutschland noch unfruchtbar daliegenden Devisenbestände in ein im Auslande zu verankerndes Golddepot einer Goldnotenbank zu überführen, das die Unterlage für die Aufnahme von **Goldkrediten (Akkreditiven) im Auslande** und bis zu einem geringeren Umfange auch zur **Ausgabe von Goldnoten** bilden solle. Derartige Kredite oder Noten würden nur gegen hereinkommende Devisen oder gegen Dreimonats-Goldwechsel, die in Gold rückzahlbar seien, gewährt werden. Es sei natürlich möglich, daß auch gelegentlich Goldnoten ins Publikum dringen würden, aber das Hauptumlaufsmittel des Verkehrs im Inlande würde die Rentenmark bleiben. Für die Experten der Reparationskommission hätte sich das Problem anders dargestellt. Ihnen hätten offenbar die großen Goldmittel vor Augen geschwebt, die die hinter ihnen stehenden Länder zu einer Stützung einer deutschen Goldwährung zur Verfügung stellen könnten. Die Sachverständigen seien sich auch bewußt gewesen, daß die **Heranziehung ausländischen Kapitals** in großem Maßstabe zu der Fundierung einer deutschen Goldwährung erforderlich, aber auch wahrscheinlich **zu erreichen sei.** Die Sachverständigen hätten die Hoffnung gehabt, daß schon in den nächsten Wochen die Errichtung einer Goldwährungsbank für Deutschland unter Zustimmung der Reparationskommission in die Wege geleitet werden könne und seien jedenfalls entschlossen, das von ihnen aufgestellte Projekt mit größter Beschleunigung zu fördern. Demgegenüber habe der Reichsbankpräsident darauf hingewiesen, daß es für ihn immerhin verantwortungsvoll sei, die Chancen des Sachverständigenprojekts tatenlos abzuwarten, da es ja nicht unbedingt sicher sei, daß sich die Hoffnungen des Ausschusses mit der erwarteten Schnelligkeit realisieren würden. Die Sachverständigen, die ihrerseits volles Verständnis für den Standpunkt des Reichsbankpräsidenten zeigten, hätten sich damit einverstanden erklärt, daß die Reichsbank ihre eigenen Pläne unbeschadet des endgültigen Währungsprojektes fortsetzen könne, unter der Voraussetzung, daß die Schachtsche Goldnotenbank sich ohne Schwierigkeiten später in die Goldwährungsbank überführen ließe. Dr. Schacht habe infolgedessen die **erforderlichen Schritte zur Weiterverfolgung seiner Pläne sofort wieder aufgenommen,** er habe vor dem Zusammentritt der Sachverständigen-Kommission Grund zu der Annahme gehabt, daß es ihm in verhältnismäßig kurzer Zeit gelingen könne, diese Pläne zu realisieren, und er sei auch heute noch in dieser Hinsicht hoffnungsvoll gestimmt. Ueber die Einzelheiten des Projekts der Sachverständigen erklärte Schacht sich aus politischen Gründen im Augenblick nicht äußern zu können. Nur soviel lasse sich sagen, daß nach dem Plane des Ausschusses die Bank **von politischen Einflüssen des Auslandes wie des Auslandes sichergestellt werden solle.** Soweit die Bank der Durchführung des Reparationsprogramms dienstbar zu machen sei, werde eine ausländische Mitwirkung sich nicht umgehen lassen, dagegen solle die deutsche Leitung der Währungsbank in den Fragen des innerdeutschen Geschäfts, insbesondere des Diskontverkehrs, in ihren Dispositionen frei sein.

Auf Anfrage äußerte sich Dr. Schacht über die gegen ihn und seine Politik gerichteten Ausführungen, die das Verwaltungsmitglied der Rentenbank, Herr Hilger-Spiegelberg, zugleich in einer Versammlung gemacht hat. Er sprach die Ansicht aus, daß eine politische Abhängigkeit vom Auslande durch die ausländischen Einflüsse auf die deutsche Goldnotenbank nicht herbeigeführt werden würde. Bezüglich der **letzten Vorgänge auf dem Devisenmarkte** bemerkte Dr. Schacht, die Stabilität der Rentenmark beruhe darauf, daß nicht zu viel Rentenmark in den Verkehr hineingebracht würden. Gerade darum sei die Schaffung einer Goldnotenbank notwendig, weil nur auf diese Weise die Unterlagen für weitere Kredite, die die Wirtschaft dringend benötige, ohne Gefährdung der Währung geschaffen werden könnten. Der Reichsbankpräsident wies noch darauf hin, daß die Reichsbank gezwungen gewesen sei, **einer ersten rheinischen Bankfirma,** die sich in der letzten Zeit durch auffällig große Devisenaufkäufe hervorgetan habe, das **Reichsbankgiro zu sperren.** Bedauerlicherweise ist der Name dieser rheinischen Bankfirma verschwiegen worden. Es muß natürlich untersucht werden, ob die Firma sich auf formelle gegen Devisenbestimmungen vergangen hat. In diesem Falle ließe sich trotz ihres Domizils im besetzten Gebiete gegen sie Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, solchen Manipulationen den Weg zu verlegen.

Die russische Währungsreform.

Ausgabe von Goldrubelscheinen. — Stabilisierung des Papierrubels erstrebt.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Moskau, 12. Februar.

Von der soeben begonnenen Ausgabe von Sowjetreichsschatzscheinen über einen, zwei und drei Goldrubel wird ein bedeutender Fortschritt in der Richtung der Goldwährung erwartet. Der Papierrubel fiel in der letzten Dekade um 40 Prozent. Diese Entwertung hat der Staatskasse von Oktober bis Dezember einen Verlust von 6½ Millionen Goldrubel verursacht. Die Ausgabe der Goldschatzscheine ist auf die Hälfte des Tscherwonzenumlaufs beschränkt, abzüglich 20 Millionen früher ausgegebener Goldschuldverpflichtungen des Finanzkommissariats. Die Ausgabegrenze beträgt daher gegenwärtig 131 Millionen Goldrubel, jedoch ist zunächst nur die Ausgabe des dritten Teiles beabsichtigt. Später ist auch die Benutzung für die Deckung des Defizits der Union der Sowjetrepubliken in Höhe von 180 Millionen Rubel geplant, jedoch nur bis zur Höhe von 100 Millionen. Die Schatzscheine sind eingedeckt, eine Deckung durch Silber erfolgt, vielleicht auch die Prägung von Silbergeld im Inland und Ausland nach Vorhandensein genügender Deckung. Die Ausgabe der Schatzscheine findet nach Vorhandensein genügender Mengen statt. Ein Dekret vom 7. Februar verfügt ferner die Ausgabe von Goldkopeken im Werte von einer bis fünf Kopeken und die Ausgabe von Geldzeichen im Werte von 25 000 Papierrubeln der Emission 1923, um die schwere Zahlungsmittelnot abzuhelfen, der Emission 1923, um der schweren Zahlungsmittelnot abzuhelfen, nat erhofft man die baldigste Stabilisierung des Papierrubels. Zu beachten ist, daß der heutige Geldumlauf in Gold ausgedrückt nur 400 Millionen Goldrubel gegen 2½ Milliarden der Vorkriegszeit beträgt.

Die heutigen Kammersitzungen.

Die Entscheidung über die Steuererhöhung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 12. Februar.

Die Kammer hat heute zwei Sitzungen, deren erste um 10 Uhr vormittags beginnt. Das wichtigste der Notgesetze, die Steuererhöhung um 20 Prozent, soll jetzt beraten werden. 21 Redner sind für die Diskussion eingeschrieben. 18 Zusatzanträge liegen vor. Bevor aber diese Debatte beginnt, hat die Kammer sich über den Vorschlag des Deputierten Le Mière auszusprechen, der vor der Steuererhöhung die Aufhebung des Staatsmonopols für die Zündholzfabrikation in Betracht zu ziehen wünscht. Poincaré ist gegen den Vorschlag und will erst die Steuererhöhung durchsetzen. Die Minister beriefen gestern über die Haltung der Regierung in der Diskussion und kamen heute früh 9 Uhr vor Beginn der Kammer zu einer neuen Beratung zusammen.

Die alliierten Schulden an Amerika.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

New-York, 12. Februar.

Die amerikanische Staatsschuldenkommission tritt in den nächsten Tagen zusammen, um die Frage zu prüfen, ob die europäischen Staaten offiziell wegen ihrer Schulden an Amerika gemahnt werden sollen.

Der Fall Denby.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

New-York, 12. Februar.

Der Antrag Robinson, der verlangt, daß der Präsident den Marineminister Denby wegen seiner Beteiligung an dem Skandal der Petroleumfelderverpachtung aus dem Kabinett entferne, ist im Senate angenommen. Präsident Coolidge hat jedoch erklärt, daß der Beschluß des Senates bedeutungslos sei da dem Kabinett allein das Recht zustehe, die Ausführung zu veranlassen, oder dagegen Verwahrung einzulegen. Nur wenn die Tatsachen wirklich erwiesen seien, wolle er Denby entlassen.

Immer noch der Flaggenzwischenfall.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

New-York, 12. Februar.

Im Abgeordnetenhaus machte der Abgeordnete Connally die deutsche Regierung für die unterlassene Flaggenhissung beim Tode Wilsons verantwortlich. Er verlangte, daß das Staatsdepartement den Notenwechsel mit Deutschland veröffentliche.

Dänische Prinzen und Dollarprinzessinnen.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

New-York, 12. Februar.

Prinz Erich von Dänemark, ein Vetter des jetzigen Königs, hat sich in Ottawa mit Miß Lois Booth, einer der reichsten Erbinnen Kanadas, verheiratet. Ihr Vater gilt als Holzkönig. Prinz Woldemar war Brautführer. Prinz Digga von Dänemark, der kürzlich ebenfalls eine Erbin heiratete, und seine Flitterwochen in Europa verbringt, wird nach Amerika zurückkehren und sich in Kalifornien niederlassen. Prinz Erich hat auf jedes Recht an der Thronfolge verzichtet.

Epilog zu den Thüringer Wahlen.

Der Kampf um die Regierungsbildung.

Von

Erich Dombrowski.

Nunmehr liegen die amtlichen Wahlergebnisse aus Thüringen vor. Klar bestätigen sie die ersten flüchtigen Eindrücke. Die Sozialdemokraten haben eine schwere Niederlage erlitten. Ihr direktes und indirektes Zusammengehen mit den Kommunisten hat, als sie die Zügel der Regierung in der Hand hatten, ihren Weg immer weiter abseits vom demokratisch gerichteten Bürgertum geführt. Mit fast fieberhafter Eile waren sie bemüht, ihre Parteiherrschaft auch in der staatlichen und lokalen Verwaltung durch eine ziemlich rücksichtslose Personalpolitik auszubauen. Das und manche Imponderabilien, wie die Abschaffung gewisser kirchlicher Feiertage, hat das ganze Bürgertum gegen sie aufgebracht. Dem Klassenkampf des Sozialismus setzte man den Klassenkampf des Bürgertums entgegen. Wir brauchen nicht erst zu betonen, daß wir diese Entwicklung der Dinge nicht für ersprießlich halten. Aufgabe eines über den Tag hinausblickenden Politikers muß es sein, den Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, an dem das alte Deutsche Reich letzten Endes innerlich zerbrach, zu überbrücken und einer Politik die Bahn freizumachen, die, wie die große Koalition in Preußen, die Parteien der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie zusammenfaßt und so die Balance hält zwischen den extremen Flügelparteien auf der Rechten und auf der Linken. Die Politik des sogenannten Ordnungsblocks, seine wilde Wahlagitation hat diesen Zielen nicht gerade vorgearbeitet. Die Sozialdemokraten sind in der Wahlschlacht zusammengehauen und stehen verärgert da. Links von ihnen führen die Kommunisten, die ihnen so viele Wähler weggelockt haben, wilde Freudentänze auf, und rechts schauen sich die Deutschvölkischen und die Deutschnationalen lächelnd wie Auguren an, nachdem sie auf zwei Hochzeiten getanzt und sich gleich elf Mandate, sechs und fünf, gesichert haben. Herr Dinter, diese gespreizte Hysterie, wird als Führer der Deutschvölkischen im Thüringer Landtage sehr bald nach Lorbeeren greifen wollen.

Was heißt das? Es braucht nicht unbedingt, um eine stabile Regierungsmehrheit zu bilden, die Idee der großen Koalition verwirklicht zu werden. Es würde eine Majorität genügen, die von den Deutschvölkischen und den Deutschnationalen über die Deutsche Volkspartei bis zum Landbund reicht. Darin, in dieser Möglichkeit, liegt die schwere Verantwortung, die die Demokraten auf sich genommen haben, als sie sich dem Ordnungsblock Hand in Hand mit den Deutschnationalen, anschlossen. Ihre Aufgabe wird es jetzt sein, unter allen Umständen durch Fühlungnahme mit dem Landbund und mit der Deutschen Volkspartei einerseits und mit der Sozialdemokratie andererseits eine solche Rechtskoalition zu verhindern. Die Thüringer Demokraten haben mit ihrer wahltaktischen Haltung der Gesamtpartei des Reiches, unmittelbar vor den Reichstagswahlen, keinen Dienst erwiesen und haben die klaren Richtlinien der Parteipolitik verwischt. Gelingt es ihnen, nun wenigstens die große Koalition in Thüringen auf die Beine zu stellen, dann mag man das Vergangene vergangen sein lassen. Gelingt es ihnen aber nicht, dann droht die Thüringer Politik von einem Extrem ins andere zu verfallen, und das Land würde politisch in wenigen Wochen eine Dependance Bayerns werden. Die Reaktion hätte eine neue „Ordnungszelle" geschaffen, und all der bayerische Jammer würde sich hier, unter den unmittelbaren Nachwirkungen des einseitigen sozialistischen Regimes wahrscheinlich noch schlimmer, wiederholen. Die Rückwirkungen auf die Reichspolitik würden durch den Zuzug, den die Bayern aus Thüringen bekämen, noch erheblich verstärkt werden. Im Reichsrat, in dieser Vertretung der Länder, würden die Gegensätze mehr noch als bisher aufeinanderprallen, und Preußens Pflicht wäre es, wie jüngst erst gegenüber den Eisenbahnwünschen Bayerns, das ganze Gewicht seiner territorial überragenden Stellung im Interesse der Reichseinheit in die Wagschale zu werfen.

Noch eins bleibt zu sagen. Der militärische Ausnahmezustand hat in Thüringen geradezu verhängnisvoll gewirkt. Ursprünglich war das Militär nach Thüringen entsandt worden, um bei dem damals bevorstehenden bayerischen Putsch die Grenzen zu sichern und den Rücken gegen etwaige kommunistische Revolutionsgelüste zu decken. Diese beiden militärischen Vorsichtsmaßnahmen erwiesen sich als überflüssig. Der bayerische Putsch brach in sich selbst zusammen. Die Thüringer Kommunisten erwiesen sich, mit dem Säbel im Munde rasselnd, als tatsächlich ohnmächtig. Trotzdem hat der militärische Befehlshaber, General Hasse, als er erst einmal von der süßen Frucht des Regierens geschmeckt hatte, ein politisches Regiment aufgerichtet, das die Regierung unter die hydraulische Presse setzte und ihr jede Atems- und Bewegungsfreiheit nahm. Selbst als die Reichsregierung sich mit dem Thüringer Kabinett über einen Modus vivendi geeinigt hatte, hörte das Militär nicht auf, sich um alles und jedes zu bekümmern, und schritt, in forschem Draufgängertum, von Mißgriff zu Mißgriff. Unter dem militärischen Ausnahmezustand wurden sowohl die Kommunisten wie auch die Deutschvölkischen verboten. Aber dieses Verbot hat, wie an dieser Stelle wiederholt vorausgesagt wurde, das gerade Gegenteil bewirkt. Die eigentlichen Sieger der Wahlen sind nicht die bürgerlichen Parteien, sondern die Deutschvölkischen und die Kommunisten, denen von den Militärs die Existenzberechtigung abgesprochen wurde. Gleich den Sozialdemokraten hat also der militärische Ausnahmezustand in Thüringen die größte Wahlniederlage erlitten.

Wir erwarten, daß nunmehr die Reichsregierung unverzüglich die Konsequenzen daraus ziehen und endlich den